



Bern | Ökologische Steuerreform reisst alte Gräben auf

Ziele noch wenig konkret

Eine mögliche ökologische Steuerreform reisst alte Gräben auf: die Linke und Umweltorganisationen sind dafür, die Rechte und economie-suisse zeigen sich skeptisch. Die Absichten des Bundesrates werden aber von allen Seiten als noch wenig konkret kritisiert.

Die Grüne Partei sieht mit einer ökologischen Steuerreform ein eigenes Kernanliegen aufgenommen. Nun sei eine rasche und umfassende Umsetzung angezeigt, schrieb sie am Donnerstag. Dass eine Treibstoffabgabe wieder zum Thema werden könnte, begrüsst die Partei. Zur Entlastung der Bevölkerung halten die Grünen eine Rückvergütung über Krankenkassenprämien als gerechteste Lösung.

Die SP begrüsse, dass der Bundesrat den Umbau des Steuersystems sorgfältig prüfen wolle, sagte SP-Energiepolitiker Roger Nordmann (VS) auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda. Kleine, gut abgestimmte Schritte führten weiter als eine Komplettreform. Wichtig sei auch die sozialpolitische Auswirkung: Es dürfe nicht von unten nach oben umverteilt werden.

Ein stärkerer Fokus des Steuersystems auf ökologische Ziele ist für die CVP begrüssenswert, wie eine Sprecherin auf Anfrage sagte. Als den richtigen Weg bezeichnet auch die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) die skizzierte Reform. Ökonomische Anreize seien die einzig wirksame Variante, um die Energieziele zu erreichen.

Kritik an Effizienzzielen

Unterstützung für eine ökologische Steuerreform erhält der Bundesrat zudem von swisscleantech. Der Verband des Cleantech-Wirtschaftsbereichs möchte sich aber auch eine Lenkungsabgabe weiterhin offenhalten.

Kritisiert werden von den Grünen und der Energie-Stiftung dagegen die Effizienzziele sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien für die Strategie; beides solle ambitionierter angegangen werden, fordern sie. Auch die Umweltorganisation WWF bezeichnet die Annahmen zum Ausbau als sehr pessimistisch. Deutschland sei deutlich schneller vorwärtsgekommen. Dass die Energieeffizienz aber «erstmal eine bedeutende Rolle» spiele, wertet der WWF als sehr positiv.

Keine klare Strategie

Voller Kritik an den Plänen des Bundesrates ist die SVP: Für sie fehlt nach wie vor eine «klare durch plausible Zahlen und konkrete Projekte belegte Strategie» für den Atomausstieg. Obwohl der Bund das Steuervolumen mit einem Umbau des Steuersystems nicht erhöhen will, lehnt die SVP vorbeugend «neue Ökosteuern» ab. Sie befürchtet eine zu starke Belastung energieintensiver Branchen.

Die FDP beklagt eine fehlende Gesamtsicht in der Energiestrategie. Mit ihren Vorstellungen zur Energiewende setze die Regierung zu stark auf Planwirtschaft und Subventionen. Mehr Liberalisierungen heisst für die FDP die Losung. Die Partei begrüsst indes die Absicht des Bundesrates, bei der Energieeffizienz höchste Standards zu verlangen. Ablehnend äussert sich auch der Wirtschaftsverband economie-suisse. Im Steuerrecht liessen sich ökologische Probleme schlecht lösen. Beispiele aus dem Ausland seien ernüchternd; die Wirksamkeit fehle. Auf jeden Fall müssten internationale Wettbewerbsnachteile vermieden werden. Die neuen Informationen hätten die Energiestrategie inhaltlich nicht konkreter gemacht. | sda

Date: 02.12.2011

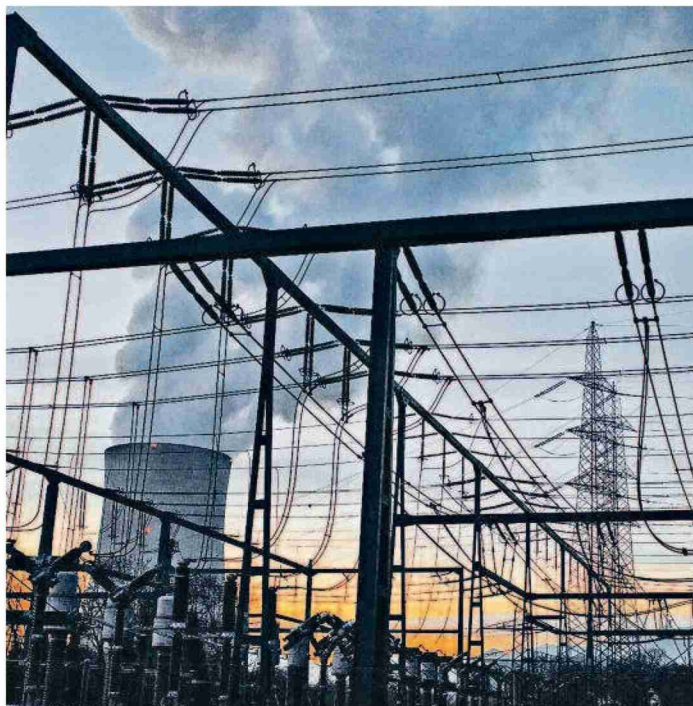
Walliser
☆☆ Bote

Walliser Bote
3900 Brig
027/ 922 99 88
www.walliserbote.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 24'677
Parution: 6x/semaine



N° de thème: 215.7
N° d'abonnement: 1078728
Page: 19
Surface: 34'214 mm²



Atomausstieg. Kernkraftwerk Gösgen. Die Diskussion um eine mögliche Steuerreform verläuft entlang der Links-Rechts-Grenze.

FOTO KEYSTONE